

SATZUNG

ÜBER DEN ANSCHLUSS UND BETRIEB VON BRANDMELDEANLAGEN AN DIE BRANDMELDEEMPfangs-ZENTRALE DER ZENTRALEN LEITSTELLE DES MAIN-KINZIG-KREISES

Aufgrund der §§ 5, 16, 17, 30, 52 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) vom 1. April 1993 (GVBl. 1992 I, S. 569) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 218), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786), der §§ 1-5a, 10 des Gesetzes über Kommunale Abgaben (KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 225), in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. I S. 134) und der §§ 1, 4, 15, 16, 44, 45, 47 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz – HBKG) vom 03. Dezember 2010 (GVBl. I S. 502) in der Fassung vom 14. Januar 2014 (GVBl. I S. 26) hat der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises am 22. Juni 2018 folgende Satzung beschlossen:

Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Begriffsbestimmungen

Zweiter Abschnitt: Genehmigungsverfahren

§ 2 Genehmigungspflicht

§ 3 Antrags- und Genehmigungsverfahren

Dritter Abschnitt: Anschluss und Aufschaltung der Brandmeldeanlage

§ 4 Übertragungswege

§ 5 Aufschaltung und Qualifikation der Fachfirmen

§ 6 Servicezeiten

Vierter Abschnitt: Betrieb der Brandmeldeanlage

§ 7 Wartung, Inspektion und Kontrolle der Brandmeldeanlage

§ 8 Änderungen durch den Betreiber

§ 9 Betreiberwechsel

§ 10 Vorübergehende Abschaltung der Brandmeldeanlage und Funktionsprüfung im Rahmen der Wartung / Instandsetzung

Fünfter Abschnitt: Gebührenpflicht

§ 11 Benutzungsgebühr

§ 12 Gebührenschuldner

§ 13 Entstehung und Fälligkeit der Gebühren

Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 14 Technische Ausführungsbestimmungen

§ 15 Inkrafttreten

**ERSTER ABSCHNITT:
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

**§ 1
Begriffsbestimmungen**

- (1) Brandmeldeanlagen im Sinne dieser Satzung sind Gefahrenmeldeanlagen, die Personen zum direkten Hilferuf bei Brandgefahren dienen und/oder Brände automatisch erkennen und an die Brandmeldeempfangszentrale des Main-Kinzig-Kreises bei der Zentralen Leitstelle angeschlossen sind. Sie werden in baulichen Anlagen aller Art, dazu zählen auch Anlagen und Lagerstätten, errichtet, die besonders brandgefährdet sind oder durch die im Falle eines Brandes eine größere Anzahl von Menschen, Tieren oder erhebliche Sachwerte gefährdet werden können.
- (2) Betreiber einer Brandmeldeanlage (nachfolgend „Betreiber“ genannt) im Sinne dieser Satzung sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, Besitzerinnen und Besitzer sowie sonstige Nutzungsberechtigte baulicher Anlagen, die eine Brandmeldeanlage freiwillig eingerichtet und aufgeschaltet haben oder denen der Betrieb einer Brandmeldeanlage von der zuständigen Behörde aufgegeben worden ist.
- (3) Ferner gelten die Begriffsbestimmungen der technischen Ausführungsbestimmungen für Brandmeldeanlagen des Main-Kinzig-Kreises in ihrer jeweils gültigen Fassung. Für den Bereich der Stadt Hanau gelten die technischen Ausführungsbestimmungen der Stadt Hanau.

**ZWEITER ABSCHNITT:
GENEHMIGUNGSVERFAHREN**

**§ 2
Genehmigungspflicht**

- (1) Der Main-Kinzig-Kreis betreibt eine Brandmeldeempfangsanlage als öffentliche Einrichtung gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 6 HBKG.
- (2) Die Aufschaltung der Brandmeldeanlage durch einen Betreiber im Sinne des § 1 Abs. 2 begründet ein öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis.
- (3) Die Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die öffentliche Brandmeldeempfangszentrale und die Nutzung sowie der Betrieb bedürfen der Genehmigung durch den Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises.
- (4) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn
 1. die Brandmeldeanlage den einschlägigen DIN-Vorschriften und VDE-Bestimmungen entspricht
 - und
 2. die Anforderungen der technischen Ausführungsbestimmungen für Brandmeldeanlagen des Main-Kinzig-Kreises erfüllt sind.

§ 3 **Antrags- und Genehmigungsverfahren**

- (1) Der Antrag auf Aufschaltung einer Brandmeldeanlage auf die öffentliche Brandmeldeempfangszentrale ist schriftlich beim Main-Kinzig-Kreis – Zentrale Leitstelle – zu stellen. Die Zentrale Leitstelle kann zum Zwecke der Vereinfachung des Bearbeitungsablaufes die Verwendung eines Antragsformulars vorsehen.

Der Antrag muss enthalten:

1. den Namen des Antragstellers / Kostenpflichtigen sowie dessen Mailadresse, Postanschrift und Telefonnummer,
 2. die Adresse sowie die geplante Nutzung der Liegenschaft, für die die Brandmeldeanlage errichtet werden soll,
 3. den Namen und die Telefonnummer eines ständigen Ansprechpartners,
 4. den von dem Antragsteller gewünschten Aufschaltungstermin der Brandmeldeanlage,
 5. den Nachweis der aufschaltenden Fachfirma zur Fachkompetenz und zum Qualitätsmanagement für die Übertragung von Brandmeldungen nach DIN 14675 Nr. 4.2. Der Nachweis erfolgt über eine nach DIN EN 45011 akkreditierte Stelle und ein Zertifikat nach DIN EN ISO/IEC 17021.
- (2) Der Antrag muss vom Betreiber / Antragsteller oder einem bevollmächtigten Vertreter oder Vertreterin unterschrieben sein.
- (3) Antragsberechtigt sind die Betreiber im Sinne des § 1 Abs. 2 dieser Satzung.
- (4) Die Antragstellung muss mindestens 30 Tage vor der Inbetriebnahme und Aufschaltung einer Brandmeldeanlage erfolgen.
- (5) Soweit es für die Genehmigung erforderlich ist, kann die Zentrale Leitstelle weitere Angaben und Unterlagen verlangen.
- (6) Die Genehmigung wird schriftlich erteilt.

DRITTER ABSCHNITT **ANSCHLUSS UND AUFSCHALTUNG DER BRANDMELDEANLAGE**

§ 4 **Übertragungswege**

- (1) Für die Aufschaltung der Brandmeldeanlage auf die Brandmeldeempfangszentrale des Main-Kinzig-Kreises hat der Betreiber die Vorgaben der DIN 14675, DIN VDE 0833-1 und 2 und die DIN EN 50136-1 und 2 in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

- (2) Als Empfangsprotokoll ist das Protokoll VDS 2465-S2 festgelegt. Der Fernalarm ist in der Übertragungskategorie Dual Path 3 (DP 3) auszuführen. Für den Empfang stehen IP basierte Empfangstechniken im Bereich Festnetz und Mobilfunk zur Verfügung.

§ 5

Aufschaltung und Qualifikation der Fachfirmen

- (1) Die Anlagen können nach (Antragstellung und) Genehmigung zu Testzwecken aufgeschaltet werden.

Für die abschließende Feststellung der Betriebsbereitschaft und Durchschaltung der Anlage (Scharfschaltung) ist die Vorlage der mängelfreien Sachverständigenabnahme über die Wirksamkeit der Brandmeldeanlage inkl. dem Übertragungsweg und Freigabe der zuständigen Brandschutzdienststelle notwendig.

- (2) Aufschaltungen dürfen nur durch Fachfirmen im Auftrag des Betreibers erfolgen, die ihre Fachkompetenz und das Qualitätsmanagement durch eine nach DIN EN 45011 akkreditierte Stelle und ein Zertifikat nach DIN EN ISO/IEC 17021 nachgewiesen haben.

§ 6

Servicezeiten

- (1) Neuaufschaltungen von Brandmeldeanlagen auf die Brandmeldeempfangszentrale des Main-Kinzig-Kreises erfolgen an den Werktagen Montag bis Freitag jeweils von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr (Servicezeiten).

VIERTER ABSCHNITT:

BETRIEB DER BRANDMELDEANLAGE

§ 7

Wartung, Inspektion und Kontrolle der Brandmeldeanlage

- (1) Der Betreiber hat die Brandmeldeanlage nach den Herstellerangaben und entsprechend den gültigen VDE-Bestimmungen zu warten und zu inspizieren. Wartung und Inspektion dürfen nur durch anerkannte Fachfirmen gemäß § 3 Abs.1 Ziff. 5 durchgeführt werden.

Die Verantwortung für die rechtzeitige und vollständige Wartung und Inspektion trägt der Betreiber. Näheres hierzu regeln die technischen Ausführungsbestimmungen für Brandmeldeanlagen des Main-Kinzig-Kreises.

- (2) Betreiber von Brandmeldeanlagen sind verpflichtet, auf Anordnung der Zentralen Leitstelle, nachträgliche Änderungen an den Übertragungswegen und damit verbunden an ihrer Übertragungstechnik auf eigene Kosten vorzunehmen, wenn durch den Fortschritt der Technik oder durch rechtliche Vorgaben andere/neue Anforderungen bestehen.

§ 8

Änderungen durch den Betreiber

- (1) Änderungen der Brandmeldeanlage, insbesondere aufgrund von Aufrüstung, Umbau, Erweiterung und Rückbau, Stilllegung von Gebäude- oder Betriebsteilen, Nutzungsänderung des Gebäudes oder Betriebes sind der Zentralen Leitstelle durch den Betreiber unverzüglich anzuzeigen.
- (2) In den Fällen, in denen der Betreiber zum Betrieb einer Brandmeldeanlage genehmigungsrechtlich durch die zuständige Behörde verpflichtet ist, setzen Änderungen der Brandmeldeanlage die Zustimmung dieser Behörde voraus.

§ 9

Betreiberwechsel

- (1) Im Falle eines beabsichtigten Betreiberwechsels ist der bisherige Betreiber verpflichtet, dies unverzüglich schriftlich gegenüber der Zentralen Leitstelle des Main-Kinzig-Kreises anzuzeigen.
- (2) Der neue Betreiber ist ebenfalls verpflichtet, unverzüglich den Betreiberwechsel schriftlich anzuzeigen, verbunden mit einem Antrag auf Genehmigung für die weitere Nutzung der öffentlichen Brandmeldeempfangszentrale. Die Anzeige muss die Angaben nach § 3 enthalten und das genaue Datum benennen, an dem der Betreiberwechsel erfolgt. Die Anzeige muss von dem neuen Betreiber oder einem bevollmächtigten Vertreter oder Vertreterin unterschrieben sein.

§ 10

Vorübergehende Abschaltung der Brandmeldeanlage und Funktionsprüfung im Rahmen der Wartung/Instandsetzung

- (1) Beabsichtigt der Betreiber die Brandmeldeanlage für kurzfristige Wartungs-, Bau- oder Reparaturmaßnahmen abzuschalten, hat er dies in dem von der Zentralen Leitstelle festgelegten Verfahren durchzuführen.
- (2) Bei der vorübergehenden Abschaltung einer Brandmeldeanlage hat der Betreiber alle Maßnahmen zu ergreifen, um dennoch Brandmeldungen zu ermöglichen oder zu erkennen und der zuständigen Notrufannahmestelle zu melden.
- (3) Funktionsprüfungen zur Wartung der Brandmeldeanlage und Kontrolle der Übertragungswege dürfen nur durch die vom Betreiber autorisierten Personen oder Fachfirmen durchgeführt werden.
- (4) Die Servicezeiten für die Bearbeitung vorübergehender Abmeldungen und Funktionsprüfungen richten sich nach § 6.

**FÜNFTER ABSCHNITT:
GEBÜHRENPFLICHT**

**§ 11
Benutzungsgebühr**

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen Brandmeldeempfangszentrale ist eine monatliche Benutzungsgebühr in Höhe von 30,00 Euro pro aufgeschaltete Brandmeldeanlage (Hauptmelder) an den Main-Kinzig-Kreis zu entrichten.

**§ 12
Gebührensschuldner**

- (1) Gebührensschuldner ist der Betreiber im Sinne des § 1 Absatz 2.
- (2) Tritt während der Nutzung der Brandmeldeanlage ein Wechsel des Betreibers ein, so trifft den bisherigen Betreiber die Gebührenpflicht bis zum Ende des Monats, in dem der Betreiberwechsel der Zentralen Leitstelle nach § 9 angezeigt wurde.
- (3) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

**§ 13
Entstehung und Fälligkeit der Gebühren**

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht zu Beginn eines jeden Kalendermonats, erstmalig mit Beginn des Monats der Aufschaltung der Brandmeldeanlage auf die öffentliche Brandmeldeempfangszentrale. Für den Zeitpunkt der Aufschaltung ist das Datum der Aufschaltung nach § 5 Abs.1 Satz 2 maßgebend.
- (2) Wird eine Brandmeldeanlage dauerhaft außer Betrieb genommen, so endet die Gebührenpflicht mit Ablauf des Monats, in dem die Abschaltung stattfindet.
In den Fällen, in denen der Betrieb einer Brandmeldeanlage von der zuständigen Behörde aufgelegt worden ist, entfällt die Gebührenpflicht jedoch frühestens mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Betreiber die Zustimmungserklärung zur Abschaltung durch die zuständige Behörde vorlegt.
- (3) Die Gebühren für die Kalendermonate Januar - Juni eines Kalenderjahres werden zum 30. Juni des laufenden Kalenderjahres, die Gebühren für die Kalendermonate Juli –Dezember eines Kalenderjahres werden zum 31. Dezember des laufenden Kalenderjahres fällig.

Erfolgt vor den vorgenannten Fälligkeitsterminen eine Abschaltung oder ein Betreiberwechsel der Anlage, so werden die bis dahin entstandenen Gebühren abweichend zum letzten Kalendertag des Abschaltungs- oder Änderungsmonats fällig.

- (4) Vorübergehende Betriebsstörungen der öffentlichen Brandmeldeempfangszentrale lassen die Gebührenpflicht unberührt.

**SECHSTER ABSCHNITT:
SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

**§ 14
Technische Ausführungsbestimmungen**

Die technischen Ausführungsbestimmungen für Brandmeldeanlagen (TAB) im Main-Kinzig-Kreis und organisatorische Regelungen zum Anschluss und Betrieb erlässt der Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises als Durchführungsbestimmungen zu dieser Satzung.

**§ 15
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Gelnhausen, den 22. Juni 2018

Der Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises

Thorsten Stolz
Landrat

Susanne Simmler
Erste Kreisbeigeordnete